

# Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 17.10.2024

<b>Fragen</b>	
Salzburger Brezen beim Christkindlmarkt im Franziskanerviertel	Daniela Gamsjäger-Katzensteiner
<b>Anfragen</b>	
Zukunft der bilingualen BKS-Klassen sichern!	Mag.a Uli Taberhofer
<b>Anträge</b>	
Erneuerung Rudolf-Hans-Bartsch Gedenktafel	Mag.a Sahar Mohsenzada
<b>Dringliche Anträge</b>	
Ein sozial-ökologischen Energie-Grundanspruch: Energiearmut bekämpfen und gleichzeitig das Klima schützen	Miriam Herlicska

**Gemeinderätin Daniela Gamsjäger-Katzensteiner**

Dienstag, 15. Oktober 2024

**Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 17. Oktober 2024**

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

**Betrifft: Salzburger Brezen beim Christkindlmarkt im Franziskanerviertel**

**Sehr geehrter Herr Stadtrat,**

18 Jahre lang war der Traditionsbetrieb „Salzburger Brezen“ ein fixer Bestandteil des Christkindlmarkts im Franziskanerviertel und erfreute sich großer Beliebtheit. Das Ausmaß der Beliebtheit lässt sich unter anderem anhand der Reaktionen erkennen. Als auf den Social-Media-Kanälen der „Salzburger Brezen“ das diesjährige Fernbleiben vom Christkindlmarkt gepostet wurde, wurde der Beitrag von über 9.200 User:innen geteilt. An das Büro der Bürgermeisterin ergingen zahlreiche An- und Nachfragen, wie es zu dieser Entscheidung gekommen ist und ob sich daran noch etwas ändern ließe. In der Tat fragt man sich, welche Beweggründe hinter dieser Entscheidung stehen, argumentiert doch Marktleiter Walter Kriwetz mit der fehlenden Regionalität, während Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die angeblich fehlende Nachhaltigkeit als entscheidenden Punkt nennen.

Dennoch, die Reaktionen der enttäuschten Christkindlmarktbesucher:innen haben mehr als deutlich gezeigt, dass nach einer Alternativlösung gesucht werden muss, den Salzburger Traditionsbetrieb auch dieses Jahr wieder – in alter Tradition sozusagen – zum Bestandteil der Grazer Christkindlmärkte zu machen. Darum haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung auch einen entsprechenden Antrag gestellt. Nachdem Weihnachten immer näher rückt und die Zeit knapp wird, stelle ich Ihnen

im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs daher die

**Frage**

**Sind Sie bereit nach Wegen zu suchen, die „Salzburger Brezen“ für die diesjährige Christkindlmarkt-Saison doch noch nach Graz zu holen?**

Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer

Donnerstag, 17. Oktober 2024

## Anfrage an die Bürgermeisterin

Betrifft: **Zukunft der bilingualen BKS-Klassen sichern!**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

im Newsportal des Landes Steiermark war am 29. Jänner dieses Jahres folgendes zu lesen:  
*„Seit dem EU-Beitritt von Kroatien am 1. Juli 2013 ist Kroatisch eine EU-Amtssprache, dennoch gibt es österreichweit bisher an den Schulen nur einen gemeinsamen Erstsprachenunterricht für die Sprachen Bosnisch, Kroatisch und Serbisch (BKS). In der Steiermark soll sich das ab dem Schuljahr 2024/25 ändern: Kroatisch wird in Zukunft als eigenständige Sprache an Pflichtschulen angeboten werden – das verkündete Werner Amon, Landesrat für Europa, Internationale Angelegenheiten, Bildung und Personal gemeinsam mit dem kroatischen Außenminister Gordan Grlić Radman nach einem Arbeitstreffen in Graz.“*

Auch Bosnisch und Serbisch werden seit diesem Schuljahr nun als eigene Sprache unterrichtet. Diese Entscheidung lässt aber leider negative Auswirkungen auf bewährten Unterricht befürchten. In der Volksschule Geidorf haben sich viele Eltern explizit für einen gemeinsamen Unterricht in Bosnisch/Kroatisch/Serbisch entschieden, der auch ein Alleinstellungsmerkmal der Schule ist und Schüler:innen auch aus ganz anderen Stadtbezirken anzieht. Das Projekt der Sprachintensivierung Bosnisch-Kroatisch-Serbisch ist seit 18 Jahren erfolgreich und sorgt dafür, dass Kinder mit Wurzeln in Bosnien, Kroatien, Serbien und Österreich vorurteilsfrei miteinander aufwachsen.

Nun besteht die Sorge, dass das Ausmaß der Stunden, die bilingual unterrichtet werden, reduziert werden oder sogar – segregiert – nur mehr Online-Unterricht stattfinden könnte.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

### Anfrage

**Welche Maßnahmen müssen gesetzt werden, damit der bilinguale Unterricht in BKS in der Volksschule Geidorf in seiner seit Jahren bewährten und geschätzten Form weiterhin stattfinden kann?**

**Gemeinderätin Mag.a Sahar Mohsenzada**

Montag, 04. Oktober 2024

## **Antrag**

**Betrifft: Erneuerung Rudolf-Hans-Bartsch Gedenktafel**

Am Schloßberg befindet sich die Gedenktafel von Offizier und Schriftsteller Rudolf Hans Bartsch, die eine verharmlosende Formulierung beinhaltet, außerdem befindet sich die Tafel auch in einem schlechten Zustand. Zur Verdeutlichen zitiere ich den genauen Wortlaut: *„(...)Die in seinem literarischen Werk antisemitische Tendenzen aufweist, eine zentrale Stellung einnahm. Er trat der NSDAP bei.“* Diese Formulierung erscheint sehr verharmlosend in Anbetracht, dass die NSDAP nicht irgendein Verein ist. Auf der Homepage der Stadt Graz ist ein etwas detaillierter Lebenslauf, der wiedergibt um welche Gesinnung es sich handelt. ([https://www.graz.at/cms/beitrag/10076284/7772685/Rudolf\\_Hans\\_Bartsch.html](https://www.graz.at/cms/beitrag/10076284/7772685/Rudolf_Hans_Bartsch.html))

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

## **Antrag**

**Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen eine Erneuerung der Tafel vornehmen und die Formulierung präzisieren.**

**Gemeinderätin Miriam Herlicska**

Donnerstag, 17. Oktober 2024

### **Antrag zur dringlichen Behandlung** (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Betrifft: Ein sozial-ökologischen Energie-Grundanspruch:  
Energiearmut bekämpfen und gleichzeitig das Klima schützen**

Besonders betroffen von den steigenden Preisen für Wohnen, Energie und Lebensmittel sind Haushalte mit geringem Einkommen. Diese geben im Verhältnis deutlich mehr ihres Budgets für Grundbedürfnisse aus, und laut Statistik Austria konnten sich im ersten Quartal 2024 etwa 6,8 Prozent der Haushalte ihre Wohnung nicht mehr angemessen warmhalten. Das entspricht rund 280.000 Haushalten. Darüber hinaus konnten sich 3,4 Prozent den benötigten Haushaltsstrom nicht leisten, und 36,4 Prozent der Haushalte mussten ihren Energieverbrauch reduzieren, um die Kosten tragen zu können.

Energiearmut bedeutet, dass Haushalte ihren Energiebedarf nicht ausreichend mit ihren finanziellen Mitteln decken können. Die Ursachen dafür sind vielfältig: steigende Energiekosten, niedrige Einkommen, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder ineffiziente Wohnverhältnisse. Diese Situation führt oft zu weiteren Problemen, wie gesundheitlichen Beeinträchtigungen, sozialer Ausgrenzung und einer erhöhten Stressbelastung. Es ist daher entscheidend, Energiearmut präventiv zu vermeiden und betroffene Haushalte gezielt zu unterstützen. In Graz beispielsweise werden bereits kostenlose Energieberatungen angeboten, um Menschen in Not zu helfen, wie Bürgermeisterin Elke Kahr berichtet.

Energie ist ein lebensnotwendiges Gut, das tagtäglich für Kochen, Heizen und Lernen gebraucht wird. Während immer mehr Haushalte in Österreich zu wenig Energie haben, verschwenden andere viel zu viel. Um dem entgegenzuwirken, fordert Attac Österreich einen Energie-Grundanspruch, der den Grundbedarf an sauberer Energie für alle Menschen sichert und gleichzeitig Anreize zum Energiesparen schafft.

Das Modell des Energie-Grundanspruchs sieht vor, dass Haushalte bis zur Hälfte des durchschnittlichen Verbrauchs zu vergünstigten Preisen Energie erhalten. Ab einem höheren Verbrauch steigen die Tarife progressiv an, wodurch verschwenderischer Luxusverbrauch, wie das Heizen eines Whirlpools, deutlich teurer wird. Dies entlastet Haushalte mit durchschnittlichem Energieverbrauch, während Haushalte mit übermäßigem Verbrauch stärker belastet werden. Ein Teil der Einnahmen aus dem höheren Verbrauch finanziert den Energie-Grundanspruch, sodass die Basisversorgung für alle gesichert bleibt. Zusätzlich könnte eine Übergewinnsteuer auf die Gewinne von Energieversorgern eingeführt werden, da einige Unternehmen durch das Merit-Order-System hohe Gewinnspannen verzeichnen.

Gleichzeitig sollen energiearme Haushalte mit unvermeidbarem Mehrverbrauch, etwa durch alte, ineffiziente Heizsysteme, durch gezielte Maßnahmen wie Energieberatung und staatliche Transferleistungen unterstützt werden.

Progressive Tarifmodelle, wie sie in Ländern wie Japan, Südkorea und Kalifornien bereits bestehen, zeigen, dass solche Ansätze erfolgreich sein können. Vor der Liberalisierung der Energiemärkte wurde die Energieversorgung in Österreich als Teil der Daseinsvorsorge betrachtet und war vom Wettbewerb ausgenommen. Die Energieversorger befanden sich größtenteils in öffentlicher Hand, und die Preise wurden von der "Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen" festgelegt. Erst mit der Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte vor etwas mehr als zwanzig Jahren konnten österreichische Haushalte ihre Energieanbieter wechseln, und die Energiepreise wurden zunehmend an den Energiebörsen gehandelt. Dadurch unterliegen die Preise nun den Schwankungen an den Märkten, die oft direkt an die Endverbraucher\*innen weitergegeben werden. Mechanismen wie das Merit-Order-Prinzip ermöglichen einigen Unternehmen in Krisenzeiten große Zufallsgewinne.

Die von Attac vorgeschlagenen progressiven Tarifstufen sind im Prinzip mit dem EU-Recht vereinbar. Die derzeitige Energiesteuerrichtlinie 2003/96/EG erlaubt gestaffelte Energiesteuern nach Verbrauch, solange die Mindeststeuersätze und Wettbewerbsregeln eingehalten werden. Zudem weist die EU-Kommission in ihrer Toolbox zur Bewältigung der Energiekrise darauf hin, dass Subventionen verwendet werden können, um Verbraucher\*innen vor hohen Energiepreisen zu schützen. Die Finanzierung einer solchen Maßnahme könnte durch die Abschöpfung von Zufallsgewinnen der Energieerzeuger erfolgen, wie es die Kommission ebenfalls vorschlägt.

Zwar schließt die EU-Kommission Eingriffe in die Marktdynamik aus, doch wurden Spanien und Portugal einjährige Ausnahmen gewährt, um den Gaspreis für die Stromerzeugung zu deckeln. Angesichts der Energiekrise und der hohen Belastungen für die Staaten durch die Abfederung der Energiepreise ist es notwendig, die Energieversorgung wieder als Teil der Daseinsvorsorge zu betrachten. Auf EU-Ebene müssen daher langfristig die rechtlichen Grundlagen geändert werden, um die marktorientierte Ausrichtung der Energiepolitik zu überdenken und eine nachhaltige Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Es bedarf also einer bewussten politischen Entscheidung auf Bundesebene, um den ökologisch sinnvollen Energie-Grundanspruch als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu verankern und damit sowohl soziale Gerechtigkeit als auch Klimaschutz zu fördern.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

### **Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung und den Nationalrat auf, alle Regulierungsinstrumente zu nutzen um progressive Tarifstufen sowie den Grundanspruch für Strom und Wärme, wie im Motiventext ausgeführt, umzusetzen.**